



«Tages-Anzeiger»: Schlagzeilen mit «Studie» der Initiativgegner

B

Interess

Die grossen Parteien bekämpfen die Initiative Pro Service public. Das erstaunt nicht: Viele Politiker im Parlament pflegen enge Kontakte zu den Bundesbetrieben. Einige sitzen in den Verwaltungsräten von Swisscom, Post und SBB.

Viel Spielraum für Lohnerhöhungen

Initiativgegner wollen Angestellte der Bundesbetriebe verunsichern

Die Gegner der Initiative Pro Service public behaupten, bei Annahme müssten die Bundesbetriebe die Löhne vieler Mitarbeiter kürzen. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Gegner der Initiative Pro Service public versuchen, die Stimmbürger zu verunsichern. So tauchte kürzlich in den Medien eine Studie der Beratungsfirma Swiss Economics auf. Darin wird behauptet, dass 8000 Mitarbeiter von SBB, Post und Swisscom mit Gehaltseinbussen zu rechnen hätten.

Die «Studie» trägt das Datum vom 3. November 2015 – ist also alles andere als neu. Sie wurde offensichtlich mit Absicht zurückgehalten, um jetzt kurz vor dem Abstimmungstermin für Verunsicherung zu sorgen. In Auftrag gegeben wurde sie von den Politikern, wel-

che die Gegenkampagne leiten.

Pikant: Für Swiss Economics ist auch Matthias Finger, Professor an der ETH Lausanne, tätig. Sein Lehrstuhl wird gemäss Angaben der ETH mit 650 000 Franken pro Jahr von der Post finanziert (siehe «Saldo» 9/16).

Hintergrund der Lohn Diskussion: Die Initiative verlangt, dass kein Mitarbeiter der Bundesbetriebe mehr verdienen darf als ein Bundesrat. Die Gegner interpretieren den Wortlaut so, dass die Angestellten der Bundesbetriebe nicht mehr verdienen dürfen als die Mitarbeiter der Bundesverwaltung. Und behaupten deshalb, eine

Annahme der Initiative würde zu Lohnkürzungen in den Bundesbetrieben führen.

Bund zahlt mehr als Bundesbetriebe

Das Gegenteil ist wahr: Würden die Angestellten der Bundesbetriebe nach dem Lohnsystem der Bundesverwaltung bezahlt, bekämen sie sogar mehr. Denn die Bundesverwaltung investiert deutlich mehr Geld in ihre Mitarbeiter als SBB, Post und Swisscom. Der Personalaufwand der Swisscom für ihre gut 21 700 Mitarbeiter lag 2015 bei rund 2,3 Milliarden Franken. Die SBB wendeten für ihre 33 000 Mitarbeiter rund 4,1 Milliarden auf, die Post für ihre 44 200 Mitarbeiter etwas mehr als 4 Milliarden. Der Personalaufwand für die rund 35 000 Mitarbei-

ter der Bundesverwaltung beläuft sich auf rund 5,4 Milliarden.

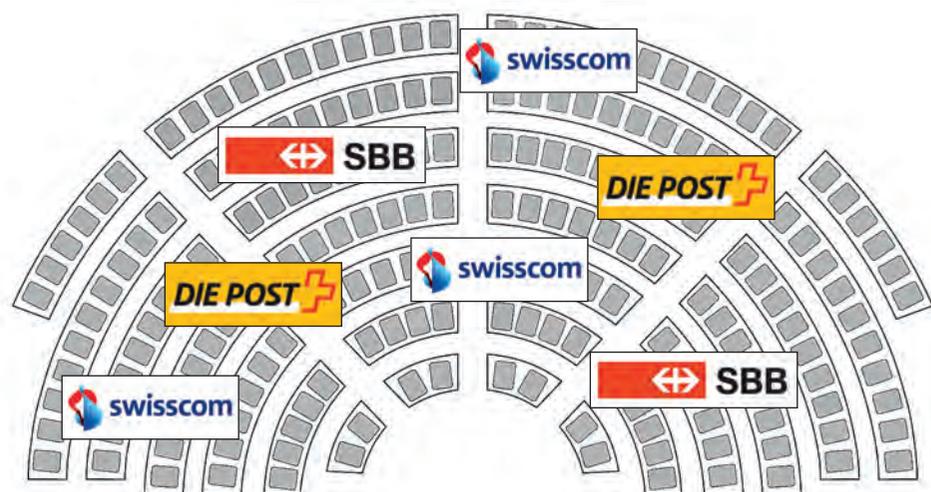
Somit gibt der Bund pro Mitarbeiter rund 156 000 Franken aus. Bei den SBB sind es pro Mitarbeiter nur 125 000 Franken, bei der Swisscom 106 000 Franken und bei der Post gar nur 91 100 Franken.

Das heisst: Die Löhne der Bundesbetriebe liegen heute deutlich unter jenen der Bundesverwaltung. Es bleibt viel Raum für Lohnerhöhungen – wenn man die Löhne der Bundesverwaltung als Referenz für die Bundesbetriebe nehmen würde. Das verlangt die Initiative aber nicht. Sie will nur erreichen, dass die Kader nicht mehr verdienen als ein Bundesrat. Das Geld, das man oben spart, könnte für Lohnerhöhungen bei Wenigverdienern eingesetzt werden.

Christian Koutecky

Parlamentarier sind mit Bundesbetrieben verbandelt

envertreter: Politiker sitzen nicht nur im Parlament, sondern auch in den Bundesbetrieben



Parlament: Blieb untätig gegen die Schliessung von Poststellen und hat sämtliche Preiserhöhungen der Bundesbetriebe akzeptiert

vier SP-Mitglieder: so Ulrich Gygi und Ex-Nationalrat Andrea Hämmerle (siehe Kasten).

Als Verwaltungsratspräsident der Post setzte Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) kürzlich ihren Parteikollegen und Ex-Ständerat Urs Schwaller ein.

Im Verwaltungsrat der Swisscom sitzen das SP-Mitglied Hans Werder und seit kurzem Alain Carrupt, Ex-Präsident der Gewerkschaft Syndicom. Diese bekämpft die Initiative an vorderster Front.

Nein-Kampagne: Finanzierung unklar

Das Nein-Komitee ist mit Politikern aus allen Parteien besetzt. Sie agieren nach dem Drehbuch einer PR-Agentur, die sich nicht zu erkennen gibt. Keine Auskunft gibts auch auf

die Frage, wer die Nein-Kampagne finanziert.

Die Landgebiete haben am meisten unter dem Abbau des Service public zu leiden. Also instrumentalisiert man entsprechende Verbände für die Kampagne, etwa die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete.

Auffallend ist die hohe Vertretung von CVP-Politikern: Darunter die Nationalräte Stefan Müller-Altermatt, Dominique de Buman und Markus Ritter sowie Ständerat Isidor Baumann und Ex-Ständerat Peter Bieri. Das erstaunt nicht: Der Service public gehört zum Departement von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse engagiert sich besonders für ein Nein. Hansueli Loosli, VR-Präsident der Swiss-

com, ist dort im Vorstandsausschuss aktiv. Auf Anfrage gibt sich der Verband zugeknöpft: «Wir sind Teil der Nein-Koalition. Über die Art und den Umfang unseres Engagements äussern wir uns nicht.»

Gemäss Insiderinformationen hat Economiesuisse einen stattlichen Beitrag für die Gegenkampagne gesprochen. Wie viel Geld das Gegenkomitee zur Verfügung hat, wollen die vom K-Tipp angefragten Verantwortlichen nicht sagen.

Sämtliche Politiker, die in der Öffentlichkeit gegen die Initiative Pro Service public mobil machen, sind mit den Bundesbetrieben verhängt. Einige Beispiele: Nationalrat Martin Candinas (CVP/GR) hat dem Lobbyisten Matthias Dietrich, Leiter Politik der Post

AG, eine Zutrittskarte fürs Bundeshaus abgetreten. Edith Graf-Litscher (SP/TG) ist Vorstandsmitglied des Schweizerischen Verbands der Telekommunikation – wie Swisscom-Chef Urs Schaeppi. Graf-Litscher wirkt auch im Vorstand des Info-Dienstes für den öffentlichen Verkehr mit. Hier kann sie sich mit 13 Parlamentskollegen austauschen – sowie mit den SBB-Kaderleuten Andreas Meyer, Jeannine Pilloud und Nicolas Perrin sowie mit dem Post-Konzernleitungsmitglied Daniel Landolf. SBB,

Post und Swisscom sagen auf Anfrage, sie würden die Parteien nicht mit Spenden unterstützen.

Transparenz unerwünscht

Pikant: Vor drei Jahren wollte Ständerat Thomas Minder (parteilos/SH) die Bundesbetriebe verpflichten, in der Jahresrechnung «alle Zuwendungen an politische Akteure» wie Parteien, Verbände und Abstimmungskomitees offenzulegen. Sein Vorstoss war im Parlament chancenlos.

«Kein Kommentar»



Andrea Hämmerle: SBB-Verwaltungsrat

Andrea Hämmerle erklärt: «Bosse von Bundesbetrieben dürfen nicht mehr verdienen als Bundesräte.»

● **2001:** Thierry Lalive d'Epinau kassiert als Verwaltungsratspräsident der SBB 250 000 Franken. Der Bündner SP-Nationalrat Andrea Hämmerle sagt dazu: «Wenn Lalive glaubt, die SBB seien vergleichbar mit einem Pharma- oder einem Nahrungsmittelkonzern, dann soll er zu einer solchen Firma wechseln.»

● **2008:** Der SBB-Chef Andreas Meyer kassiert 1,1 Millionen Franken.

● **2012:** Andrea Hämmerle sitzt nun im Verwaltungsrat der SBB. Auf die Frage von Journalisten, was er von den hohen Managerlöhnen bei den bundesnahen Betrieben hält, antwortet er: «Meine Meinung dazu äussere ich im Verwaltungsrat.»

● **2016:** Zum achten Mal in Folge verdient SBB-Chef Andreas Meyer rund 1 Million Franken. Verwaltungsrat Andrea Hämmerle: «Kein Kommentar.»